

JÓZSEF RUSZOLY

Das Nationalitätengesetz von Szeged und die Verfassungsentwicklung in Europa (1848–1849)

Ein Grundriß

Während der Revolutionen 1848/49 in den durch mehrere, gar viele Ethnien (Volksstämme, Nationalitäten) bevölkerten Ländern Mitteleuropas, teils im verfassungs- oder gesetzgebenden Bereich, teils in den Bewegungen außerhalb der Wände der Parlamente, meldete sich mit elementarer Kraft das Streben die nationale und Nationalitätenfrage zu lösen. Die westlich von der Leitha (*Cisleithanien*) entfalteten Bestrebungen sind dieserorts¹ besser bekannt, so dass ich auf diese nur thesenhaft hinweisen möchte.

1. Die nationale-nationalitätenrechtliche Gleichberechtigung, die auf die Bestrebungen der slawischen Völker Auswirkung hatte, die von der Wenzelbad-Versammlung in Prag vom 11. März 1848 verlangte „gesetzlich garantierte Gleichstellung beider Nationalitäten“, nämlich der tschechischen und der deutschen in Böhmen, erlangte in dem nach einigem Hin und Her herausgegebenen kaiserlichen Handschreibens *Böhmische Charte* zum erstenmal eine staatsrechtliche Formulierung. Demgemäss: „Die böhmische Nationalität hat durch vollkommene Gleichstellung der böhmischen Sprache mit der deutschen in allen Zweigen der Staats-Verwaltung und des öffentlichen Unterrichts als Grundsatz zu gelten.“ Nicht die nationale Gleichberechtigung, sondern die Gleichstellung der tschechischen Sprache in Verwaltung und öffentlichem Unterricht wurde zwar versprochen, was als Ausgangsgrundlage nicht wenig ist. Die Pillersdorfsche Verfassung vom 25. April 1848 gewährte allen Volksstämmen die Unverletzlichkeit ihrer Nationalität und Sprache.

2. Auch in Frankfurt in allen verfassungsvorbereitenden Gremien – im „Fünfziger-Ausschuß“ des Vorparlaments, im „Siebzehner-Ausschuß“ des alten Bundestages, genauso wie im Verfassungsausschuß der verfassunggebenden

¹ Mein Aufsatz wurde als Kurzreferat meiner wissenschaftlichen Mitteilung *Das erste Nationalitätengesetz in Ungarn und die Verfassungsentwicklung in Europa. 1848–1849* auf dem 36. Deutschen Rechtshistorikertag 10 bis 14. September 2006 in Halle an der Saale vorgetragen.

Nationalversammlung – wurde diese Frage diskutiert. Tongebend in den Diskussionen waren die Vertreter des Kaisertums Österreich. Aus den mehr oder weniger aufeinanderbauenden Textteilen gestaltete sich die entsprechende Passage der Frankfurter Verfassung (1849) heraus.

„§ 188. Den nicht deutsch redenden Volksstämmen Deutschlands ist ihre volkstümliche Entwicklung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, soweit deren Gebiete reichen, in dem Kirchenwesen, dem Unterrichte, der inneren Verwaltung und der Rechtspflege.“

Der rätselhafte Ausdruck *volkstümliche Entwicklung* von Sommagura formuliert wurde in den Entwurf des „Siebzehner-Ausschusses“ des Bundestages am 25. April 1848 aufgenommen.

3. Der in Wien zusammengetretene Reichstag des Kaisertums Österreich, der seine Tätigkeit dann in Kremsier fortsetzte, stellte in den Mittelpunkt seiner Verfassungsarbeit die Nationalitätenfrage. Obwohl der Gedanke der Umschneidung der Grenzen der Kronländer auf national-ethnischer Basis ebenfalls auftauchte (der auch bei uns wohlbekannte Frantisek Palacky arbeitete hierfür einen Entwurf aus, der auch das Königreich Ungarn tiefgreifend betraf), konnte die Regierung über die deutschen Abgeordneten erreichen, dass die bisherige Staatsstruktur unangetastet blieb. Da die von Nicht-Deutschen bevölkerten Kronländer eine gemischte Nationalitäten-Zusammensetzung aufwiesen, wählte man eine Lösung für die Durchsetzung der Nationalitätenrechte zu finden, indem man die *Kreise* auch für diesen Zweck organisierte.

Der Verfassungsentwurf von Kremsier, an deren Vorarbeiten Vertreter der slawischen Völker, unter ihnen der Schwiegersohn von Palacky: Franz L. Rieger bedeutende Rolle spielten, formierte sich diesbezüglich – teils anhand der geltenden Pillersdorfschen Verfassung, teils auf Grund der Textvarianten von Frankfurt. Ein deklaratives Novum stellte darin *die Gleichberechtigung* dar. Sie bezog sich nach der Formulierung vom September 1848 lediglich *auf die Sprachen*. In den Sitzungen des Verfassungsausschusses vom Dezember 1848, als über den Sprachschutz hinaus auch allgemeine, die Suprämazie der einzigen, der deutschen Nation ausschließende Nationalitätenansprüche in den Vordergrund rückten, wurde auf Vorschlag von Innenminister Lasser dieser auf sämtliche Volksstämme als solche ausgeweitet. Der Verfassungsentwurf von Kremsier ging in dieser Hinsicht ohne Zweifel über die Frankfurter Verfassung hinaus, ohne jedoch den genauen Inhalt des Begriffes definiert zu haben.

„Alle Volksstämme des Reiches sind gleichberechtigt. Jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität überhaupt und seiner Sprache insbesondere. Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben wird vom Staate gewährleistet.“ (Art. 21)

Das Versprechen der *Gleichberechtigung* klang verheißungsvoll auch für die Nationalitäten in Ungarn. Ein Teil von ihnen war bereits seit Frühjahr 1848 gegen

die legitime Regierung ihres Vaterlandes gestimmt durch die Wiener Politik *divide et impera*.

Aus diesem Entwurf wurde bekanntlich keine Verfassung. Stattdessen erließ der Kaiser Franz Joseph I. höchstpersönlich in Olmütz am 4. März 1849 eine Verfassung im engeren Sinne und ein Grundrechtspatent, und löste die konstituierende Reichstag auf. Die oktroyierte Verfassung von Olmütz, deren zahlreiche Bestimmungen gleich ausgesetzt worden waren, kam im unter Ausnahme-Zustand gestelltes Königreich Ungarn zur Gänze nicht zur Geltung. Sie hielt zwar für die „Volksstämme“ des Reiches günstige, auf *Gleichberechtigung* beruhende Versprechungen aufrecht, dennoch ist hieraus kaum etwas verwirklicht worden.

Artikel 19 des Verfassungsgesetzes vom Dezember 1867 stellte eine wortgetreue Übernahme des Artikel 21 des Entwurfes von Kremsier dar, ergänzt mit der Organisierung der Schulen in den von mehreren Volksstämmen bevölkerten Ländern derart, dass für den obligatorischen Unterricht der „zweiten Landessprache“ der betroffene Volksstamm die erforderlichen Mittel besitzen solle. Zur Durchsetzung der Bestimmungen dieses berühmten Artikel 19 wurde auch durch richterlichen Rechtsschutz am *Reichsgericht* verholffen.

In den letzten Monaten des ständischen Reform-Reichstages von 1847/48 zu Pozsony/Pressburg – nach dem Ausbruch der Revolution – beschleunigte sich die Gesetzgebungsarbeit in Ungarn. Die Aprilgesetze – so bezeichnen wir das Dekret, welches nach der königlichen Sanktionierung am 11. April 1848 in der gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Reichstages (*országgyűlés*) zu Preßburg verkündigt wurde – sind also in herkömmlicher Weise, nach ständischer Art entstanden. Trotzdem bedeuteten sie eine grundlegende Veränderung in der ungarischen historischen Verfassung. In ihrer Gesamtheit verkörperten sie eine Art – wenn auch lückenhafte – jedoch fast chartale/geschriebene Verfassung.

Ahistorischerweise könnte man da in den Gesetzesartikeln gar das Fehlen von Bestimmungen über die Nationalitätenfrage bemängeln. Hierfür gab es bis dato jedoch eigentlich keine Beispiele in ganz Europa! Die Gesetzgeber garantierten unabhängig von Nationalitätenzugehörigkeit durch Census – im gegebenen Fall europaweit geläufige Praxis – Zustände und Recht bürgerlichen Charakters. Hier nur einige Beispiele in Schlagworten: aus Urbarialbesitz hatte man einen freien bäuerlichen Grundbesitz geschaffen ohne Belastung mit Diensten und Verpflichtungen und das Neuntel an den Grundherrn sowie kirchliches Zehntel wurden abgeschafft, die Volksrepräsentation in Gesetzgebung, Munizipien und Gemeinden eingeführt; Press-, Religions- und Lehrfreiheit garantiert.

Die Feststellung der Union Ungarns und Siebenbürgens durch die beiden Gesetzgebungsgremien [*GesArt. 1848:VII. tc. (Pozsony/Pressburg), GesArt. 1848. I. tc. (Kolosvár/Klausenburg)*] bedeutete die Wiederherstellung einer staatlichen Einheit, wie sie in der Zeit vor der Schlacht bei Mohács bzw. der Eroberung von Buda (1526, 1541) bestanden hatte. Es besteht kein Zweifel, dass dies den

Interessen des siebenbürgischen Rumänentums zuwiderlief. Man hatte über es entschieden – ohne seine Mitwirkung.

Was die Gesetzgebungstätigkeit in dem auf der Grundlage der Volksvertretung am 5. Juli 1848 zusammengetretenen Reichstag anbelangt, versuchte man dort vor dem Ausbruch der September-Krise – des Selbstverteidigungs-Freiheitskampfes – auf allen Ebenen den Erhalt und die Weiterentwicklung derjenigen sozialen und rechtlichen Verhältnisse in bürgerliche Richtung zu lenken, welche durch die April-Gesetze entstanden waren. Bestrebt war der Gesetzgeber auch eine Lösung auf die außerhalb der Urbarmittelbeziehungen befindlichen bäuerlichen Besitzverhältnisse mairisch-allodialen Charakters zu finden. Hart betroffen von diesen waren: die Nationalitäten-Bauernschaft in einzelnen Gegenden, besonders die slowakischen Bauern in Nordungarn (Rodungsflächen).

Was den öffentlich-rechtlichen Status der nichtungarischen Volkselemente anbelangt, da hatte man, obwohl an der grundlegenden liberalen Haltung nichts geändert wurde, in wichtigen Teilfragen die Realitäten akzeptiert und einkalkuliert – besonders Rechnung tragend den in Südungarn und Siebenbürgen von Habsburgischer Seite angeführten bewaffneten Nationalitätenbewegungen. Man war bereit, die starre Haltung, auf der Grundlage des 1844: II. tc. (GesArt.) – über die ungarische Staatssprache und die Nationalität – stehend, aufzugeben. Als Beweis hierfür gelten die Gesetzentwürfe, ein Teil von denen in den zuständigen Organen des Reichstags verhandelt wurden.

Einen riesigen Schritt vorwärts bedeutete der von Kultusminister Baron József Eötvös formulierte Gesetzentwurf betreffend den schulischen Unterricht. Deklariert wurde darin das Recht auf den *Unterricht in der Muttersprache*.

Im Falle Kroatien-Slawoniens war man bereit, Zugeständnisse zu machen sogar bis hin zu einer vollständigen Selbständigkeit unter Beibehaltung der *Personalunion*. Allein *Fiume* – mit übrigens italienischer Bevölkerung – als *corpus separatum Sacrae Regni Coronae* – bedeutete ein Problem, das gelöst werden musste.

Zur Pazifizierung der bewaffneten nationalen Bewegungen, mal mit diesen mal mit jenen Nationalitäten-Vertretern – so etwa mit denen der Serben, Rumänen, Kroaten sogar mit der Belgrader Regierung – wurden zwar heimliche Verhandlungen geführt, die hatten aber zu keinem Ergebnis geführt. Graf László Teleki, Botschafter der ungarischen diplomatischen Gesandtschaft, die nach Frankfurt geschickt war, hatte Kontakt zu Herzog Czartorisky, der führenden Figur der polnischen Emigration in Paris aufgenommen. Auch war Franz L. Rieger Teilnehmer dieser Verhandlungen. Inspiriert auch durch diesen drängte Teleki in seinem Bericht an Lajos Kossuth auf eine Einigung mit den Nationalitäten.

Nach mehrmonatiger Vorbereitung formulierte Innenminister Bertalan Szemere Mitte Juli 1849 in Szeged eigenhändig seinen Gesetzesvorschlag sogar in zwei Versionen. Unter diesen kam dann auf Vorschlag des Justizministers Sebő

Vukovics, der detaillierter ausgearbeitete Entwurf auf den Tisch des Repräsentantenhauses, das auch Nationalversammlung genannt.

In der öffentlichen Sitzung vom 28. Juli 1849 ging Szemere davon aus, dass die Revolution auf drei Grundideen beruhe: 1. die parlamentarische Regierungsform, 2. die Rechtsgleichheit der Bürger und 3. „die freie Entwicklung der Nationalitäten und Volksstämme“. Für Letzteres ist jedoch wegen dem Krieg noch „wenig geschehen“. „Die allerletzte Zeit ist angekommen, dass die Nationalversammlung ihre Grundsätze verkündet.“ „Die Welt soll sehen, dass wir die Lebenszeichen der neuesten Revolutionen gut kennen, dass während die alten Revolutionen nur die Freiheit begehrten und erlangten, wir den Bürgern nicht nur die Freiheit, sondern den Völkern auch ihre eigene Nationalität geben.“

Der Grundsatz des Nationalitätengesetzes ist die „nationale freie Entwicklung aller Volksstämme“, die im Lande leben, was in Grundzügen bereits im Schreiben Kossuths vom 26. April 1849 (Debrecen) aufzufinden ist und eine erste thesenhafte Formulierung im *Projet de pacification* (Friedensplan von Szeged, 14. Juli 1849) mit den Emigranten aus Walachei erfuhr. Trotz seiner ungewissen Zukunft war er vielversprechend.

Ungarisch blieb die Sprache der Gesetzgebung, der Regierungsgeschäfte, der öffentlichen Staats-Verwaltung, der schriftlichen Rechtspflege und des Kriegswesens/des Militärs. Daneben eröffnete sich ein weiter Raum für die Benutzung der Muttersprachen der Nationalitäten in den Gemeinden und Platz wurde den Nationalitätensprachen abgetreten auch in den Munizipien (auch in den Komitaten) und in der Gerichtsbarkeit.

Das Schreiben Szemerers vom 16. Juni und der Entwurf vom 14. Juli betrachteten als Sprache der Gemeinde die Sprache der Mehrheit der Einwohner. Friedensplan, Punkt 3 des erweiterten Vorschlags wollte die Entscheidung hierüber den Gemeinden überlassen, bis letztendlich bei gemeindlichen Beratungen unter Beibehaltung des Rechtes, Ungarisch oder Nichtungarisch zu reden, die Mehrheit nur die Sprache der Protokollführung bestimmen durfte. Dies wurde auch die Sprache in der Nationalgarde (Punkt 6), wie es auch in der Vereinbarung mit den Rumänen geschrieben steht (Punkt 14).

Ein wichtiges Novum im *Projet de pacification* (Friedensplan) war die Sprachbenutzung in den autonomen Munizipien (Komitaten, Stühlen, Distrikten), von hier aus wurde sie mit geringer Einengung in den Gesetzentwurf übernommen. Nach Letzterem durften Mitglieder der Munizipalkörperschaften frei Ungarisch oder in ihrer Muttersprache reden, überschritt ein „Volksstamm“ die Hälfte der Bevölkerung, durfte das Protokoll nach Wunsch neben Ungarisch auch in der Sprache der Mehrheit geführt werden. Der Schriftverkehr mit der Legislative, der Regierung und zwischen den Munizipien musste Ungarisch getätigt werden. Punkt 5 des Gesetzes – gemäß ebenfalls einer ungarisch-rumänischen Übereinkunft (Punkt 6) – hatte diese Art der Munizipalsprachbenutzung auch auf die

Schwurgerichte sowie – im Hinblick auf das einzuführende mündliche (Straf)Verfahren – für die Zukunft auf die erstinstanzlichen Gerichte ausgeweitet.

Die Sprache der Matrikeln und des Amtsverkehrs in den Kirchengemeinden – auf eine Präzisierung durch Vukovics hin – wurde die jeweilige Muttersprache; Szemere wollte nämlich ursprünglich auch hier die „Gemeindesprache“ einführen (Punkt 8).

Die Sprache in den Elementarlehrstätten konnten gleicherweise die Gemeindesprache oder die Kirchensprache sein (Punkt 7).

Die sonstigen Fragen der griechisch-orthodoxen Kirchenorganisation und des Schulwesens, die Abfassung von Bittschriften in der Muttersprache (Punkt 9), sowie die Fragen der Durchsetzung des Gesetzes betreffend die Amnestie außer Acht lassend, hebe ich noch hervor, dass – nach dem zitierten Punkt 11 aus Szemeres Entwurf vom 14. Juli – sowohl das *Projet de pacification* (Friedensplan) (15.), als auch das Gesetz (Punkt 14) die Anwendung bezogen auf Amt und Position unter Ausschluss von Sprache und Religion, generell einzig an die Anforderung der „Verdienste und Fähigkeiten“ gebunden hat.

Ob ein Zusammenhang zwischen den deutschen und österreichischen Rechtsquellen (Entwürfen) und dem Nationalitätengesetz (-beschluss) von Szeged wohl auch nachweisbar ist?

Die österreichischen und deutschen Formulierungen stellen konsequenterweise den *Volksstamm* und den Schutz seiner Sprache nebeneinander. Im Gegensatz zu jenem vorwiegend von tschechischer Seite kommenden Anspruch, der von vornherein die Gleichberechtigung zweier Nationen (*Nationalitäten*), als kollektives historisch-politisches staatstragendes Rechtssubjekt versprachlicht, kommt sogar in den österreichischen Dokumenten nur der *Volksstamm* vor, wenn auch mit dem – im Vergleich zur Frankfurter Formulierung – als Plus erscheinenden Zusatz, dass seine Nationalität im allgemeinen, seine Sprache im besonderen Schutz und Pflege genießen.

In § 188 der Frankfurter Verfassung ist den nicht deutsch redenden Volksstämmen eine *volkstümliche Entwicklung* zugesichert, dennoch wird darunter nicht die Anerkennung als Nation mit Anspruch auf politische und öffentlich-rechtliche Rechtssubjektivität verstanden, sondern lediglich die Gleichberechtigung ihrer Sprache im kirchlichen Leben, in Unterricht, innerer Verwaltung und Gerichtsbarkeit auf dem eigenen Territorium. Im Bereich der Verfügungen zu den Grundrechten des Kremsierer Verfassungsentwurfes stieg zwar – wie bereits erwähnt – die sprachliche Gleichberechtigung in den Bereich der Gleichberechtigung der Volksstämmen des Reichs empor, blieb jedoch dort – ohne Veränderungen im staatlichen Aufbau – ein bloßes Lippenbekenntnis. So konnte das berühmt-berüchtigte Wort *Gleichberechtigung* in Wirklichkeit nur in bezug auf die *Sprachbenutzung* an Boden gewinnen. Dies war ja auch an und für sich nicht gering.

Im Zusammenhang mit dem deklarativen Punkt 1 des Szegediner Gesetzes (Beschlusses) vom 28. Juli 1849 kann jedoch die Frage des Ursprungs entstehen. „Allen im ungarischen Reich wohnenden Volksstämmen ist die nationale freie Entwicklung gewährleistet“ [*A magyar birodalom területén lakó minden népiségek nemzeti szabad kifejlődése [...] biztosítatik*]; diese Formulierungsweise mag gewiss (auch) auf den Hauptsatz zurückgeführt werden: „Den nicht deutsch redenden Volksstämmen Deutschlands ist ihre volkstümliche Entwicklung gewährleistet [...]“ Dem Wort *Volksstamm* entspricht in Szemeres Fassung das Wort *népiség*, als eine feine Unterscheidung, denn es handelte sich hierbei nicht um die Gesamtheit der Landesbevölkerung; der Ausdruck *volkstümliche Entwicklung* wurde durch a *nemzeti szabad kifejlődés* (nationale freie Entwicklung/Entfaltung) ersetzt, was in zweierlei Beziehung vom Frankfurter Text abweicht. Dieser enthielt nämlich die Attribute *national* oder *frei* nicht, sondern begnügte sich mit der Wiederholung von Volk in der Form von *volkstümliche*, offensichtlich übertriebenerweise, da dies bereits im Wort *Volksstamm* inbegriffen war. Für die deutschen Verfassungsgeber hatte es sich jedenfalls gelohnt, diese Stilfehler zu begehen, sie konnten nur hierdurch erreichen, dass auch in diesem Kontext der Begriff Nation (*Nationalität*) zur Erwähnung kommt.

Umgangen werden konnte jedoch diese Problematik nicht in den österreichischen Dokumenten, obwohl auch diese das Wort *Volksstamm* in den Vordergrund stellten, und nur hintergründig von dessen Nationalität (*Wahrung und Pflege seiner Nationalität*) redeten. Der Text von Bertalan Szemere knüpft an diesem Punkt an den von Kremsier auch an, denn auch in seinem Text lassen sich „Volksstamm“ und „die nationale freie Entwicklung“ voneinander getrennt unterscheiden. Auf jeden Fall ist das Attribut *frei/szabad* ein originäres Element des ungarischen Textes: es kommt weder im Frankfurter noch im Kremsierer Text vor.

All dies kam zu spät. Alles war schon vorbei! General Artúr Görgei, der – wie ein Quasi-Diktator – für drei Tage die „Macht“ übernehmen konnte, um dem weiteren sinnlosen Kampf auszuweichen, hatte bei Világos am 13. August 1849 vor den in Übermacht befindlichen russischen Truppen, die der kaiserlichen Armee zu Hilfe kommend eingriffen, kaptuliert. Die ungarische Revolution und der Freiheitskampf 1848/49 waren gescheitert.

Ich werde wohl die Tragkraft der Entschließung unserer ersten Volksvertreter von 1848/49, die als eine *kühne Tat* galt, nicht mindern, wenn ich darauf hinweise, dass die Gesetzgebung des Jahres 1868 zwar den erwähnten, zweifellos prinzipielle Bedeutung habenden Punkt 1 gegen die Fiktion einer politisch einheitlichen ungarischen Nation eingetauscht hatte, dennoch war das von ihr geschaffene Nationalitätengesetz (1868: XLIV. tc. [*GesArt.*]) in den übrigen *Detailregelungen* hinter den Vorgängerbestimmungen von Szeged nicht zurückgeblieben.²

² Meine Mitteilung beruht auf meinen Aufsätzen (darin habe ich meine Quellen angegeben): *Az 1849. július 28-i szegedi nemzetiségi törvény (határozat) létrejöttéhez* [Zur Frage der Entstehung des

ANHANG

*Eine zeitgenössische deutsche Übersetzung des Nationalitätengesetzes
vom 28. Juli 1849³*

Im Bezug auf die verschiedenen Nationalitäten und auf die Kirche des griechischen Ritus wird, noch ehe in der zu verfassenden Confessionen [!] ausführlichere Bestimmungen hiefür getroffen werden, theils zur grösseren Beruhigung der im Lande wohnenden verschiedenen Völker, theils zur Richtschnur, welche die Regierung in ihren positivischen Anordnungen zu beobachten hat, nachfolgender Beschluss gefasst.⁴

1. Die freie Entwicklung der Nationalität aller, im Umfange des Ungarischen Reiches lebenden Völker, wird vollkommen garantirt.

Szegeder Nationalitätengesetzes (Beschlusses) vom 28. Juli 1849] (Jogtudományi Közlöny, Juli-August 1999; 285–292.); wird nachträglich veröffentlicht: *A magyar polgári átalakulás alkotmányos forradalma. Jogtörténetek 1848-ról.* [Die verfassungsmäßige Revolution der ungarischen bürgerlichen Umgestaltung. Rechtshistoriker über 1848.] Szerk./Red. Barna Mezey und Imre Vörös, Budapest, 2001. 309–321.; *Frankfurt–Kremsier–Szeged. Adalékok az első közép-európai nemzetiségi jogi alapvetési kísérletekhez. 1848–1849.* [Frankfurt–Kremsier–Szeged. Beiträge zu den ersten europäischen Versuchen die Grundlagen eines Nationalitätenrechtes zu schaffen.] Kézirat. Manuskript. Alle beiden befinden sich im Band: JÓZSEF RUSZOLY: *Újabb magyar alkotmánytörténet. 1848–1949. Válogatott tanulmányok.* [Neuere ungarische Verfassungsgeschichte. 1848–1949. Ausgewählte Aufsätze] Püski, Budapest, 2002. 93–118.; *Es war das erste seiner Art in Europa. Entstehung des Nationalitätengesetzes von Szeged vom 28. Juli 1849.* = *Von den Ständeversammlungen bis zum Parlamentarischen Regierungssystem in Ungarn.* = Studien zur Parlamentarismusgeschichte. Hrsg. Gábor Máthé und Barna Mezey. Budapest–Graz 2001. (Acta Congressuum 1; Studies Presented to the International Commission for the History of Representative and Parliamentary Institutions Vol. LXXX.) 81–99.; dieselbe Studie in ungarischer Fassung: *Első volt Európában. Az 1849. július 28-i nemzetiségi törvény létrejötte.* = RUSZOLY JÓZSEF: *Két adalék az újabb magyar alkotmánytörténelemhez. Az 1849. évi nemzetiségi törvényről az 1867. évi osztrák-magyar kiegyezésről – a külföldnek is.* [Zwei Beiträge zur neueren ungarischen Verfassungsgeschichte. Über das Nationalitätengesetz vom Jahre 1849 und über den österreichisch-ungarischen Ausgleich vom Jahre 1867 – auch fürs Ausland]. Acta Jur. et Pol. Szeged, Tom. LXVI., Fasc. 18. Szeged, 2004. 5–23. – Die grundlegende Monographie dieser Problematik in Ungarn: MIKÓ IMRE: *Nemzetiségi jogés nemzetiségi politika* [Nationalitätenrecht und Nationalitätenpolitik]. Kolozsvár, 1944. (Reprint: Budapest, 1989.)

³ Szemere Bertalan miniszterelnök emlékiratai az 1848/49-ki magyar kormányzat nemzetiségi politikájáról. [Memorien von Ministerpräsident Bertalan Szemere über die Nationalitätenpolitik des ungarischen Regiments von 1848/49. <1853>]. Előszó/Vorwort von Jenő Horváth. Sajtó alá rendezte / Druckvorbereitung von Iván Szűts. [Budapest, 1941] 46–48. – Nach einer neueren Übersetzung korrigiere ich die Fehler in den Fußnoten. Vgl. FN 2; meine Publikation *Es war das erste seiner Art in Europa* (2001). 93–94.

⁴ Angesichts der Diversen im Lande existierenden Sprachen und der Kirchen mit griechischer Liturgie, wird solange, bis gemessen und der Struktur der auszuarbeitenden Verfassung ausführliche Regelung im Wege der Gesetzgebung erfolgt ist, teils zur weiteren Beruhigung der nichtungarischsprachigen Bürger des Vaterlandes, teil bezüglich der provisorischen Regelungsmaßnahmen durch die Regierung als Instruktion, als Beschluss dienend deklariert.

2. In den allgemeinen Regierungs-, Verwaltungs-, Gesetzgebungs- und Kriegsangelegenheiten bleibt auch künftighin als Geschäftssprache die ungarische in Anwendung.

Hinsichtlich der übrigen im Reiche gebräuchlichen Sprachen wird provisorisch folgendes bestimmt.

3. In Communal-Sitzungen und Angelegenheiten kann sich jeder Einwohner der eigenen Muttersprache bedienen, das Protocoll wird in jener Sprache geführt, welche durch die *freie Wahl* der *Mehrheit* dazu festgelegt wird.

4. Auch in den Sitzungen der Behörden kann Jedermann, der Sitz und Stimme hat, in seiner Muttersprache seine Meinung vortragen. In jenen Behörden, wo die eine oder die andere Nation die Hälfte der ganzen Bevölkerung ausmacht, da wird das Protocoll auch in deren Sprache geführt werden. Doch hat, der nöthigen Einförmigkeit wegen, die Correspondenz mit der allgemeinen Reichsverwaltung, mit der Centralregierung und mit den übrigen Behörden, stets ungarisch statt zu finden.⁵

5. Bei dem Geschworenengericht, und bei den Gerichten erster Instanz, wird das unter § 4. ausgesprochene Grundsatz auch in Anwendung gebracht.⁶

6. Die Nationalgarden jeder Commune werden in jener Sprache befehligt, welche als Sprache der Commune festgesetzt werden ist.

7. In den Elementarschulen wird als Unterrichtssprache immer die der Commune angewendet.⁷

8. Die Matrikel der Kirchengemeinden und überhaupt die geistlichen Angelengeheiten werden in der Nationalsprache der Kirchengemeinde geführt.

9. Jedermann steht es frei eine Bittschrift in was für immer eine Sprache verfasst, an [...]Behörde[n] einzureichen.

10. Die Synode des griechischen Ritus wird einberufen, und kann in geistlichen u. Schulangelegenheiten, wie alle andere Confessionen, frei verfügen, kann Bischöfe wählen, wie auch... die kirchliche Einheit der Walachen und Ratzen zu ausscheiden.

11. Die Kirchen und Schulen des griechischen Ritus werden allen jener Vortheile theilhaftig, welche durch den Staat der übrigen Confessionen gegeben werden.

12. Die griechischen Glaubensgenossen werden ihre Kirchen- u. Schulen Foundationen ausschliesslich selbst verwalten.

⁵ Bei Beratungen jeglicher Sitzungen der Munizipien kann jeder, wer redebefugt ist, seine Meinung und sein Wort entweder Ungarisch oder in seiner Muttersprache vortragen. Überschreitet in einem Munizipium ein Volkstamm die Hälfte der Anzahl der Gesamtbevölkerung, so ist dort das Protokoll – falls gewünscht – in seiner Sprache abzufassen. Aber der Briefverkehr mit der Nationalversammlung, der Regierung und jeder anderen Behörde ist immer Ungarisch zu führen.

⁶ Wird das Schwurgericht oder bei Gerichten erster Instanz das mündliche Verfahren eingeführt sein, so wird sich das in Punkt 4 bestimmte Prinzip auch auf die Verfahren vor diesen Gerichten erstrecken.

⁷ Als Unterrichtssprache in den Elementarschulen wird immer die Gemeindesprache oder die Krichensprache benutzt werden.

13. Auf der Universität zu Pest-Ofen [auch] für sie eine theologische Lehrkanzel errichten.

14. Die Betheiligung zu allen Stellen und Aemtern und, ohne Rücksicht auf Sprache und Religion, bloss durch Verdienst und Fähigkeiten bestimmt.

15. Die Regierung wird ermächtigt, bezüglich wird es ihr zur Pflicht gemacht, ihre betreffenden Anordnungen im Sinne der hier ausgesprochenen Grundsätze zu treffen.

16. Der Regierung wird hiemit Vollmacht gegeben, den gerechten Ansprüchen der Walachen u. Ratzen Genüge zu leisten, deren Beschwerden zu heben, sei es durch Regierungsmassregeln, sei es mittelst eingebrachten Gegenvorschläge.

17. Die Regierung wird bevollmächtigt allen denen, die in der festgesetzten Frist Waffen niederlegen, ... im Namen der Nationen Amnestie zuertheilen.⁸

⁸ Die Regierung ist ermächtigt all jene, die vor Ablauf der gesetzten Frist ihre Waffen niedergesetreckt haben und sich bekehren/konvertieren und das Eid auf die Unaghänigkeit ablegen, im Namen der Nation zu amnestieren.

RUSZOLY JÓZSEF

A SZEGEDI NEMZETISÉGI TÖRVÉNY ÉS AZ EURÓPAI ALKOTMÁNYFEJLŐDÉS (1848–1849)

(Kivonat)

Hogy Frankfurt német és Kremsier osztrák alkotmányozó gyűléseinek nemzetiségi vonatkozású alapjogi dokumentumai között minő, „jogfilológiaiilag” is igazolható összefüggések mutathatók ki, arról más munkámban szóltam. Vajon kimutatható-e ez a német meg osztrák jogforrások (tervezetek) és a szegedi nemzetiségi törvény (határozat) között is?

Az osztrák és német megfogalmazások következetesen egymás mellé helyezik a *Volksstammot* [’néptörzs’] és nyelvének védelmét. Szemben azzal az elsősorban cseh oldalról jövő igénnyel, mely eleve két nemzet (*Nationalität*) egyenjogúságáról szól, kollektív történeti-politikai államalkotó jogalanyként az osztrák dokumentumokban is csak a *Volksstamm* szerepel, mégis – a frankfurti megfogalmazáshoz képest – azzal a többletként mutatkozó toldalékkal, hogy nemzetisége (*Nationalität*) általában, nyelve pedig különösen védelmet és gondozást élvez.

Az 1849-i frankfurti német alkotmány 188. §-a „népi kifejlődést” (*volkstümliche Entwicklung*) ígér „a nem németül beszélő néptörzseknek”, ám ez a politikai-közjogi alanyiségra igényt tartó nemzetkénti elismerésre nem terjed ki, csupán *saját területükön* nyelvük egyenjogúságára az egyházi életben, oktatásban, beligazgatásban és bíraskodásban. Az 1849-i kremsieri osztrák alkotmánytervezet alapjogi rendelkezései körében a nyelvi egyenjogúság „fölkérült” ugyan a birodalom néptörzseinek [*Volksstämme*] egyenjogúsága körébe is, ám ez ott – államszerkezeti változtatások nélkül – pusztán kinyilatkoztatás maradt. Így az elhíresült *Gleichberechtigung* valójában *csupán a nyelvhasználatban* nyerhetett teret. Persze ez sem volt kevés.

S Magyarországon? A kiinduló pont 1848 szeptemberében hasonló volt, legalábbis román s magyar kapcsolatban. Drágos János javaslata „nemzetiség és nyelv” dolgában különböztet; az erdélyi románokról szóló törvényjavaslat is a románok „nemzetisége és nyelve” elismeréséből és szavatolásából indul ki. A nemzetként (*natio*) elismertetés tulajdonképpen 1791 óta az erdélyi románok követelése volt. Az uniós bizottság, amely Magyarország és Erdély uniójának részleteit tárgyalta, ebbe – a törvényjavaslat keretei között – beleegyezett. Noha ez nem jelenthette egyszersmind a teljes országgyűlés álláspontját, mindenesetre figyelemre méltó, hogy törvényjavaslatokban *nép* helyett a *nemzet* kifejezést használta.

E korai törvényjavaslatok – azon túl, hogy bennük is a nemzet és nyelv kettőse szerepel – honi politikai viszonyokból „táplálkoztak”; erőltetett is volna őket az egyidejű német és osztrák vitákhoz kapcsolni.

Az 1849. július 28-i szegedi törvény (formailag képviselőházi határozat) deklaratív jellegű 1. pontja kapcsán mégis fölmerülhet az *eredet* kérdése. „*A magyar birodalomban lakó mindenféle népiségeknek nemzeti szabad kifejlődése biztosítottatik*”; e megfogalmazás ugyanis alighanem e frankfurti mondatra (is) visszavezethető: „*Den nicht deutsch redenden Volkstämmen Deutschlands ist ihre volkstümliche Entwicklung gewährleistet [...]*.” A *Volkstamm*nak Szemere fogalmazásában a *népiség* felel meg, finom distinkcióként, hiszen nem az ország népének egészéről van szó; a *volkstümliche Entwicklung*ot viszont a *nemzeti szabad kifejlődés* helyettesíti, amely két vonatkozásban is eltér a frankfurti szövegtől. Az ugyanis sem a *nemzeti*, sem a *szabad* jelzőt nem tartalmazta, hanem megelégedett a *népnek volkstümliche* [‘népies’] alakban való megismétlésével, nyilvánvalóan erőltetve, mivel a *Volkstamm*ban már bennefoglaltatott. E „stílushibák” elkövetése mindenesetre a német alkotmányozóknak „megérte”; általuk érhatték csak el, hogy e körben is említsék meg, azaz kerüljék el a nemzetiség (*Nationalität*) fogalmát.

Nem kerülhették viszont ezt meg az osztrák dokumentumok, ámbár ezek is a *Volksstamm*ot helyezték előtérbe, s csak mögöttesen szóltak ennek nemzetiségéről (*Wahrung und Pflege seiner Nationalität* [‘az ő nemzetisége megőrzése és gondozása’]). A Szemere Bertalan fogalmazta magyar szöveg e ponton kapcsolódik a kremsierihez (1849) is, hiszen az övében is elkülönülnek a „népiség”-ek és e „nemzeti szabad kifejlődés”. A *szabad* jelző mindenesetre eredeti magyar szövegelem: ez sem a frankfurti, sem a kremsieri megfogalmazásokban nem fordul elő.

A törvényt, mely a Közlöny 1849. július 29-i számában jelent meg, utóbb több helyütt közreadták. Legutóbb e sorok írója a 2. jegyzetben hivatkozott utolsó e vonatkozású közleményében (Acta Jur. et Pol. Szeged, Tom. LXVI. Fasc. 18. Szeged, 2004. 17–18.).